

Die Woche im Blick

KZBV-Chef Löffler:
„Falsche“ Bema-
Umstrukturierung wird
kaum zu stoppen sein **2**

**Peter Kuttruff über
Perspektiven für die
Zahnheilkunde (1):**
Wer die Zahnärzte-Pläne
verwirklichen will,
braucht gute Kontakte **3/4**

DZW-Umfrage:
„Überarbeitung der
GOZ gehört dazu“ **5**

Zahnmedizin

Trigeminus-Neuralgien:
Wenn der Stress auf den
Gesichtsnerv geht **10**

In dieser Woche mit
DZW-Spezial
»Zahnerhaltung«

**Prof. Dr. A. Kielbassa
über die Anwendung
eines Kariesdetektors:**
Mehr Sicherheit in Dia-
gnostik und Therapie **18/19**

Praxis aktuell

**Behinderte Kinder
und Jugendliche:**
Gerade hier ist Prävention
besonders wichtig **14/15**

**Kommunikationsmittel
in der Praxis:**
Anrufbeantworter zur
Information nutzen **19**

**Beschäftigungsverhält-
nis und Zulassung:**
Dreizehn Wochenstunden
sind erlaubt **25**

Rot-Grün legt Gesundheits-Sparpaket vor –
Teilentmachtung der KZVen:

„Pflichtleistungen und Wahlleistungen – diese Aufsplittung wird es nicht geben“

Alle am Gesundheitswesen Beteiligten, mit Ausnahme der Patienten, sollen für eine finanzielle Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) finanzielle Opfer bringen. Das ist der Kern der rot-grünen Koalitionsvereinbarung zur künftigen Gesundheitspolitik, für die der SPD-Fraktionschef Müntefering konstatierte: „Die Koalition wird am solidarischen Prinzip der GKV festhalten, eine Unterscheidung in Pflichtleistungen und aus eigener Tasche zu bezahlende Wahlleistungen wird es nicht geben“.

Die Koalition will „die Macht der kassenärztlichen wie kassen-zahnärztlichen Kartelle“ brechen und in einem „Vorschaltgesetz“ vor der voraussichtlich erst Anfang 2004 in Kraft tretenden Gesundheitsreform schon zum 1. Januar 2003 besonders im Arzneimittelbereich durch Sparauflagen 1,4 Milliarden Euro einsparen.

SPD und Grüne wollen den gesetzlichen Krankenkassen mehr Geld und mehr Mitglieder verschaffen. Dazu soll die Versicherungspflichtgrenze von 3.375 auf 4.500 Euro brutto im Monat steigen. Erst von dieser Verdienstgrenze an dürfen dann Berufseinsteiger in eine Privatkasse wechseln. Anders als geplant sollen für Miet- und Zinseinnahmen keine Kassenbeiträge fällig wer-

den. Die „Beitragsbemessungs-grenze“ (also der Höchstbeitrag) soll ebenfalls nicht steigen.

Grenze für Verwaltungskosten

Zudem sollen die Verwaltungskosten der Krankenkassen auf den Stand von 2002 begrenzt werden und entsprechend der Budgets in den Leistungsbereichen nur in Höhe der Grundlohnsummensteigerung wachsen. Die Bruttoverwaltungs-kosten der Kassen lagen zuletzt bei 9,4 Milliarden Euro. Den Dreh- und Angelpunkt der neuen Gesundheitsreform werden das „Aufbrechen der Kartelle von Kassenärztlichen wie Kassen-zahnärztlichen Vereinigungen“ (Fortsetzung auf Seite 4)

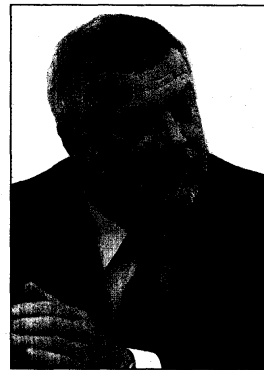
BZÄK, KZBV und FVDZ stellen gemeinsam ihre Fo-
neue rot-grüne Bundesregierung:

„Die KZVen entrec- ja, aber nur bei Stö- der Zweierbeziehung Zahnarzt/Patient“

Die Kassenzahnärztlichen Vereinigungen (KZVen) in einer künftigen Gesundheitsreform durch die neue rot-grüne Bundesregierung „zu entrecchten“, das heißt sogar abschaffen zu wollen, dagegen habe er überhaupt nichts, so der Vorsitzende der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV), Dr. Rolf-Jürgen Löffler, auf einer Pressekonferenz vergangenen Donnerstag in Berlin, auf der das Forderungsprogramm der Zahnärzte für die kommenden vier Jahre vorgestellt wurde.

Gemeinsam mit dem Präsidenten der Bundeszahnärztekammer (BZÄK), Dr. Dr. Jürgen Weitkamp, und dem Vorsitzenden des Frei-

en Verbands Deutscher Zahnärzte, Dr. Wilfried Beckmann, forderte Löffler eine „radikale Umkehr in der Gesundheitspolitik“, weg vom Weg in die Staatsmedizin, hin zur deregulierten Zweierbeziehung Zahnarzt/Patient. Dadurch würden dann KZVen mit all ihren Bürokratismen und Prüfinstrumenten überflüssig.



Dr. Rolf-Jürgen Löffler

Werkzeuge für die Ausgestaltung des Solidarsystems

„Unser ‚Projekt Zahnmedizin‘ hat sich zum Ziel gesetzt, ‚orale Gesundheit ein Leben lang‘ voranzutreiben“, den Menschen zu helfen, „gesünder alt zu werden“, beschrieb Beckmann vor den gesundheitspolitischen Korrespondenten der deutschen Medien in Berlin zahnärztliche Strategien für eine künftige Gesundheitsreform. „Unsere Aufgabe als Zahnarzt“ sei es, so Beckmann, mit den Vorschlägen zur Kostenerstattung und zu befund-/diagnosebezogenen Festzuschüssen der Politik „Werkzeuge für die Ausgestaltung des Solidarsystems zur Verfügung zu stellen“. Für die fiskalische Steuerung im GKV-System trügen Politik und Krankenkassen selbst die Verantwortung.

Beckmann forderte – wie schon auf der Hauptversammlung des FVDZ eine Woche zuvor in Lübeck – von der Politik eine „Schmerztherapie durch die Bundesregierung“, „um die Dialogfähigkeit“ wiederherzustellen. Sie solle vorab alle „Fragmente gescheiterter Therapieversuche aus dem SGB V

Kampagne für Grippeimpfung in Praxen und Krankenhäusern:

Viel zu wenige denken an Impfschutz

Nicht einmal jeder sechste Arzt, Zahnarzt oder anderweitig medizinisch Beschäftigte hat sich im vergangenen Jahr gegen Grippe impfen lassen, haben Umfragen des Robert-Koch-Instituts (RKI) ergeben. Mit einer Aufklärungskampagne will die Arbeitsgemeinschaft Influenza (AGI) deshalb jetzt gezielt in dieser Gruppe für den Schutz werben.

Es sei bedenklich, dass nur 15 Prozent der Ärzte und medizinisch Tätigen geimpft sind, sagte Privatdozent Dr. Walter Haas vom RKI auf einer Pressekonferenz der AGI in Berlin. Ärzte und Helferinnen,

aber auch Klinikpersonal kommen mehr als andere Menschen in Kontakt mit Influenza-Kranken. Infizieren sie sich selbst, dann können sie das Virus an Patienten weitergeben, und zwar ohne dies selbst merken zu können, weil die Infektion symptomlos verlaufen kann. Ziel der AGI ist es jetzt, die Impfraten in Risikogruppen auf 70 Prozent zu erhöhen.

Impfraten erhöhen

In der Vergangenheit sei schon viel erreicht worden, sagte Haas weiter. So habe sich die Zahl der

verkauften Influenza-Impfdosen pro Saison in Deutschland in zehn Jahren von 1,5 Millionen auf 15 Millionen verzehnfacht.

Es gebe jedoch noch Verbesserungsbedarf: 20 Prozent der vom RKI befragten nicht-geimpften Ärzte und Zahnärzte hätten angegeben, sie befürchteten eine Influenza-Erkrankung durch die Impfung. Dies ist jedoch ausgeschlossen, da es sich um einen Spaltimpfstoff handelt. Medizinisches Personal gehört außer chronisch Kranken und Älteren über 60 Jahre zu den Hauptrisikogruppen für Influenza. ■